

Ausschnitte aus der ersten Lesung zum TSVG-Entwurf

am 13.12.2018, 11.35 Uhr bis 12.35 Uhr

CDU Gesundheitsminister Jens Spahn betonte, dass der Gesetzentwurf spürbare Verbesserung für Patientinnen und Patienten in der ambulanten Versorgung erbringen soll. In Punkto Regulierungsparagraph Psychotherapie beklagte er in der Wortwahl und der Formulierung schwierige Stellungnahmen und Vorwürfe, v.a. im Bereich Social Media.

SPD Prof. Karl Lauterbach beklagte die hohe Wartezeiten auf Facharzttermine in Deutschland (trotz höchster Facharztdichte in Europa). Bei den psychisch Kranken müsse etwas passieren: Mehr Patientinnen und Patienten sterben an Depressionen als an vielen anderen körperlichen Erkrankungen. Die Psychotherapeutische Versorgung müsse verbessert werden: Es gibt zu wenige Zulassungen, die Vergütung richte sich nicht nach der Schwere der Erkrankungen. Die Wortwahl im Gesetz war nicht geschaffen, Vertrauen zu schaffen. Es muss u.a. zu einer Beratung mit den Verbänden kommen.

SPD Sabine Dittmar: Patientinnen und Patienten müssen noch auf Psychotherapie warten. Die im Gesetz vorgesehene Maßnahmen werden das Problem verstärken. Ein flächendeckender, zeitnaher Zugang zu Psychotherapie muss gewährleistet werden.

FDP Christine Aschenberg-Dagnus: Regulationsparagraph verfehlt das Ziel einer besseren Versorgung komplett. Was mute man den Patientinnen und Patienten denn überhaupt zu? Es sei ein Nadelöhr und widerspreche dem Grundsatz der freien Arztwahl. Die Forderung solle gestrichen werden. Man bringe einen Antrag hierzu ein.

Die Linke Dr. Achim Kessler: Durch den Regulationsparagraph entstehen vermutlich neue Hürden. Es wird ein Änderungsantrag gestellt werden.

Bündnis 90/ Grüne Dr. Kisten Kappert-Gonther (Psychiaterin und Psychotherapeutin): Die Petition gegen den Regulationsparagraph ist einer der erfolgreichsten Petitionen überhaupt. Es ist eine Zumutung und Diskriminierung, dass psychisch Erkrankte ihr seelisches Innerstes einer fremden Person, die man vermutlich nicht wieder sieht, zusätzlich offenbaren müssen.

VPP im BDP e.V.

Susanne Berwanger (berwanger@vpp.org)